

EinBlick

von und nach Berlin



Maria Michalk

Mitglied des
Deutschen Bundestages
direkt gewählte Abgeordnete der CDU im
Wahlkreis 156
(Bautzen 1)



Büro im Deutschen Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 7 33 30

Fax: (030) 227 – 7 66 81

E-Mail: maria.michalk@bundestag.de

Wahlkreisbüro Bautzen

Hohengasse 16, 02625 Bautzen

Tel.: (03591) 35 12 05

Fax: (03591) 35 12 07

E-Mail: maria.michalk@wk.bundestag.de

Internet: www.maria-michalk.de

Bautzen, den 09. September 2016

Sehr geehrte Damen und Herren,

in dieser Woche hat der Deutsche Bundestag seine Arbeit mit der Einbringung des Bundeshaushaltes 2017 wieder aufgenommen. Sowohl im Bundeshaushalt 2017 als auch in der mittelfristigen Finanzplanung setzen wir unsere Schwerpunkte auf die innere und äußere Sicherheit sowie den Ausbau der Infrastrukturinvestitionen. Wir stocken etwa die Ausgaben für innere Sicherheit bis 2020 um insgesamt fast 2,6 Mrd. EUR auf. Für Arbeit und Soziales geben wir Milliarden mehr aus, in Bildung und Forschung investieren wir im nächsten Jahr 1,2 Mrd. EUR mehr – das alles zeigt: Wir investieren auf allen Gebieten, die den Bürgern konkret zu Gute kommen.

Mit dem Bundeshaushalt 2017 haben wir zudem die Chance, die gesamte Wahlperiode ohne Neuverschuldung zu gestalten. Damit pflegen wir den Markenkern der Union, entlasten die jungen Generationen und erarbeiten dem Bund immer größere Spielräume der politischen Gestaltung.

Ein ganz besonderes Ereignis zur Fortentwicklung in unseren Landkreis fand am Dienstag im Bundesministerium für Verkehr statt. Für die zweite Stufe der Digitalisierung wurden Förderbescheide übergeben. Landkreise und einige Gemeinden der Bundesrepublik haben zum Ausbau auf 100 Mbit/s Anträge gestellt. Der Landkreis Bautzen hat mit insgesamt 9 Teilprojekten Fördermittel in Höhe von rund 120 Millionen erhalten. Das ist die höchste Fördersumme. Darauf sind wir stolz. Die Umsetzung dieses großen Vorhabens wird viel Anstrengung erfordern. Dafür bitte ich alle um Unterstützung. Diese Digitalisierungsoffensive ist das richtige Signal in die Zukunft.

Mit freundlichen Grüßen

I. Die politische Lage in Deutschland

1. Alle Parteien haben Anlass nachzudenken.

Das Abschneiden der CDU bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern ist enttäuschend, darum muss man nicht herumreden. Von einer erstmals im Landtag vertretenen Partei auf den dritten Platz verwiesen zu werden, ist eine bittere Erfahrung. Aber wir dürfen nicht ignorieren, dass die SPD und die Linkspartei noch größere Verluste eingefahren haben. Die Grünen sind sogar aus dem Schweriner Landtag ausgeschieden. Alle Parteien haben spürbar an die Protestpartei verloren.

Die Wahl zeigt, dass die Flüchtlingspolitik den Ton der Debatte bestimmt hat. Die verbesserte Wirtschaftslage des Landes, die sinkende Arbeitslosigkeit, steigenden Löhne, steigende Renten, alles das spielte nur eine untergeordnete Rolle. Die Bürger haben Sorgen in der Flüchtlingsfrage: Werden nochmal so viele kommen wie im letzten Jahr? Kehren die Nicht-Verfolgten auch tatsächlich in ihre Heimatländer zurück?

Darauf geben wir als Union eine klare Antwort: Eine solche Situation wie im letzten Jahr wird sich nicht mehr wiederholen. Daran arbeiten wir seitdem mit aller Entschlossenheit auf nationaler und internationaler Ebene: Dazu gehört auch die Zusammenarbeit mit der Türkei, einem Partner, bei dem wir nicht mit allen Aktivitäten einverstanden sind.

Wir haben national das Asylrecht verschärft, wir stellen Milliarden für die Integration zur Verfügung, wir lassen Flüchtlinge früher arbeiten. Aber es sind noch Vorhaben offen und hier sind SPD und Grüne gefordert: Sigmar Gabriel soll in den rot geführten Landesregierungen dafür sorgen, dass der Bundesrat Tunesien, Algerien und Marokko zu sicheren Herkunftsländern erklärt. Damit könnte er einen konkreten Beitrag zur weiteren Reduzierung der Asylbewerberzahlen leisten.

Es bleibt auch noch einiges zu tun: Bei der Rückführung der abgelehnten Asylbewerber müssen Bund und Länder ihre Anstrengungen verstärken. Der Schutz der EU-Außengrenzen muss intensiviert, Frontex zu einer richtigen europäischen Grenzpolizei ausgebaut werden. Schließlich müssen wir unsere Erfolge auch besser kommunizieren, denn die Zahl der zu uns kommenden Flüchtlinge ist seit dem Frühjahr deutlich gesunken.

2. Ergebnisse der Klausurtagung des Fraktionsvorstandes.

Auf der Klausurtagung des Fraktionsvorstandes haben wir uns in der vergangenen Woche nicht nur mit dem Bundeshaushalt beschäftigt, sondern auch die Weichen für mehr innere und äußere Sicherheit gestellt. Unser Gast, NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, sprach sich für eine klare Haltung gegenüber Russland aus und lobte den deutschen Einsatz für ein friedliches, aber selbstbewusstes Europa. Gleichzeitig haben wir mit unserem Positionspapier zur inneren Sicherheit weitere Möglichkeiten zusammengestellt, mit denen der islamistische Terrorismus bekämpft werden soll. Weiterhin wollen wir Kinderehen in Deutschland verbieten. Arrangierte Ehen mit 14 oder 15 Jährigen sind mit unseren Werten unvereinbar. Schließlich haben wir beschlossen, die Digitalisierung der Bildung, der Wissenschaft und der Forschung durch fünf zusätzliche Initiativen ab 2017 zu verstärken.

II. Die Woche im Parlament

Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017) sowie **Finanzplan des Bundes 2016 bis 2020**. Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble stellt den Regierungsentwurf mit seinen Schwerpunkten vor. Demnach bleibt der Bundeshaushalt in jedem Jahr bis 2020 ausgeglichen, wobei im kommenden Jahr eine Einnahmen- und Ausgabensteigerung von jeweils 3,7 Prozent auf 328,7 Mrd. EUR geplant ist. Die gesamtstaatliche Schuldenstandsquote wird in diesem Jahr voraussichtlich unter 70 Prozent des Bruttoinlandsprodukts sinken und soll bis zum Jahr 2020 unter die Maastricht-Grenze von 60 Prozent fallen. Das wäre dann das erste Mal seit dem Jahr 2002.

Allgemeine Finanzdebatte. Die Aussprache beginnt mit einer Zusammenfassung der Haushalte 2017 des Bundesministeriums der Finanzen, des Bundesrechnungshofes, der Bundesschuld und der Allgemeinen Finanzverwaltung.

Bundesministerium des Innern. Die Ausgaben für die innere Sicherheit sollen bis 2020 deutlich um insgesamt fast 2,6 Mrd. EUR aufgestockt werden. Insbesondere werden die Sicherheitsbehörden wie das Bundeskriminalamt, die Bundespolizei und das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik personell gestärkt. Im Regierungsentwurf sind für 2017 gut 2.000 neue Stellen vorgesehen. In den parlamentarischen Beratungen wollen wir 4.500 weitere Stellen für den Zeitraum 2017 bis 2020 beschließen. Damit bleiben wir der Motor für die innere Sicherheit in der Koalition. Bislang weist der Regierungsentwurf für 2017 Ausgaben in Höhe von rund 8,34 Mrd. EUR auf, d.h. rund 6,9 Prozent mehr als der Sollansatz 2016.

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz. Die Ausgaben sollen um gut 10 Mio. EUR auf 735 Mio. EUR sinken. Das Ressort will seine Mittel für Marktwächter verstetigen, einem Frühwarnsystem zur Vermeidung struktureller Verbraucherprobleme, für das Schwerpunktverbraucherzentralen gebildet wurden. Überdies will das Ressort Investitionen in seine Ausstattung mit Informationstechnologie nachholen und fortschreiben.

Bundesministerium für Bildung und Forschung. Der Etat genießt bei uns weiterhin hohe Priorität. 2017 stehen im Regierungsentwurf knapp 17,6 Mrd. EUR zur Verfügung. Gegenüber 2016 ist dies ein Aufwuchs von rund 1,2 Mrd. EUR. Im Vergleich zum Regierungsantritt im Jahr 2005 ist das mehr als das Doppelte. Für den Hochschulpakt stehen damit rund 2,8 Mrd. EUR zur Verfügung, der Pakt für Forschung und Innovation wird fortgesetzt. Die Ausgaben für die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die Max-Planck-Gesellschaft, die Mitgliedseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz, die Fraunhofer-Gesellschaft und die Zentren der Helmholtz-Gemeinschaft werden erneut um 3 Prozent gesteigert, und zwar allein durch den Bund.

Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt. Es findet eine Generaldebatte zur Regierungspolitik statt. In dem Einzelplan sind auch die Mittel der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien sowie des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR enthalten.

Auswärtiges Amt. Die Ausgaben sinken laut Regierungsentwurf um 4,3 Prozent auf 4,6 Mrd. EUR. Maßgeblich dafür sind geringere Beiträge zu den Vereinten Nationen. Das Auswärtige Amt ist unter anderem für humanitäre Hilfsmaßnahmen im Ausland und die Krisenprävention zuständig und erhält hierfür zusätzliche Mittel in Höhe von 400 Mio. EUR.

Bundesministerium der Verteidigung. Angesichts wachsender internationaler Gefahren wird der Verteidigungshaushalt im Regierungsentwurf im kommenden Jahr um 1,7 Mrd. EUR auf rund 36,6 Mrd. EUR und im neuen Finanzplan um insgesamt rund 10,2 Mrd. EUR angehoben. Für internationale Einsätze ist im Regierungsentwurf für 2017 ein Anstieg der Zusatzausgaben um 370 Mio. EUR auf 730 Mio. EUR veranschlagt. Maßgeblich sind Einsätze gegen die Terrororganisation IS, in Mali, im Mittelmeer und in Afghanistan.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Die Ausgaben sollen im Haushaltsjahr 2017 wiederum ein Rekordniveau erreichen und rund 8 Mrd. EUR betragen. Dabei wirken sich die Anstrengungen zur Bekämpfung der Fluchtursachen signifikant aus. Nach der letzten OECD-Statistik liegt Deutschland in absoluten Werten an dritter Stelle der Gebernationen hinter den USA und Großbritannien.

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Der Regierungsentwurf sieht für 2017 Ausgaben von rund 7,4 Mrd. EUR vor. Einen Schwerpunkt bildet die technologieoffene Förderung des innovativen Mittelstandes mit einem Gesamtvolumen von 804 Mio. EUR, 548 Mio. EUR davon entfallen auf das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand. Der Förderbereich Digitale Agenda soll mit rund 174 Mio. EUR gefördert werden. Hinzu kommt die Anfinanzierung eines Mikroelektronikprogramms zur Steigerung von Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit in der europäischen Industrie mit Ausgaben von 50 Mio. EUR sowie Verpflichtungsermächtigungen von 800 Mio. EUR in 2017. Größter Ausgabenschwerpunkt des Einzelplans ist mit 1,6 Mrd. EUR der Bereich Luft- und Raumfahrt.

Bundesministerium für Gesundheit. Der Regierungsentwurf enthält Ausgaben von insgesamt rund 15,1 Mrd. EUR. Der Bundeszuschuss für die gesetzlichen Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen an den Gesundheitsfonds soll 2017 gegenüber 2016 um 500 Mio. EUR auf 14,5 Mrd. EUR angehoben werden und in dieser Höhe langfristig festgeschrieben werden. Die Ausgaben für die Förderung der freiwilligen privaten Pflegevorsorge erhöhen sich im kommenden Jahr aufgrund der Umsetzung des Anspruches auf eine staatliche Zulage für private Pflegezusatzversicherungen um rund 6,75 Mio. EUR auf rund 45,75 Mio. EUR. Die Ausgaben für Maßnahmen zur Verbesserung der Situation Pflegebedürftiger erhöhen sich auch wegen der Implementierung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs von 3,9 Mio. EUR im Jahr 2016 auf 4,9 Mio. EUR.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Die Ausgaben des größten Bundesetats sollen um 6,7 Prozent auf 138,6 Mrd. EUR ansteigen. Wegen der aktuellen Flüchtlingssituation steigen die Leistungen beim Arbeitslosengeld II und bei der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft und Heizung. Für das geplante Bundesteilhabegesetz sind für die vier Jahre von 2017 bis 2020 insgesamt gut 1,6 Mrd. EUR Haushaltsausgaben des Bundes berücksichtigt. Gemäß einer Einigung im Koalitionsausschuss darf im laufenden Gesetzgebungsverfahren diese Kostenbelastung des Bundes nicht überschritten werden.

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Der Regierungsentwurf sieht 2017 einen Ausgabenanstieg um rund 301 Mio. EUR auf rund 5,9 Mrd. EUR vor. Schwerpunkt sind aufgrund des wirtschaftlich schwierigen Strukturwandels Zuschüsse von rund 3,9 Mrd. EUR zum agrarsozialen Sicherungssystem. Das Liquiditätsprogramm Milch sieht für Deutschland 58 Mio. EUR vor. Sofern es gesetzlich ausgestaltet wird, kann der Deutsche Bundestag bis zur Verabschiedung des Haushaltes noch erhöhen. Für präventiven Hochwasserschutz werden dem Etat wieder 100 Mio. EUR Euro bereitgestellt. Insgesamt 40 Mio. EUR stehen für die Weiterentwicklung der Gemeinschaftsaufgabe im Bereich

der ländlichen Entwicklung zur Verfügung, so dass nunmehr auch Investitionen in nichtlandwirtschaftlichen Kleinstbetrieben, in kleine Infrastrukturen oder auch zugunsten des ländlichen Tourismus gefördert werden können.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Der Einzelplan steigt auf rund 9,2 Mrd. EUR. Der weitaus größte Anteil entfällt auf das Elterngeld, das um 400 Mio. EUR auf 6,2 Mrd. EUR anwächst. Einen weiteren Schwerpunkt bilden Extremismusprävention und Demokratieförderung. Für vielfältige Programme im gesamten Bereich des Familienministeriums stehen insgesamt rund 1,55 Mrd. EUR zur Verfügung.

Bundesministerium für Verkehr und Digitale Infrastruktur. Die Ausgaben sollen 2017 um 9,2 Prozent auf rund 26,8 Mrd. EUR ansteigen. Für Investitionen in die Verkehrsträger Straße, Schiene und Wasserstraße und den kombinierten Verkehr stehen rund 12,8 Mrd. EUR zur Verfügung. Dies ist ein Anstieg um rund 25 Prozent seit Beginn der Legislaturperiode. Für den Breitbandausbau werden 2017 bis 2020 zusätzliche 1,3 Mrd. EUR zu den bisher vorgesehenen 2,7 Mrd. EUR bereitgestellt. Damit sollen unterversorgte Gebiete, in denen kein privatwirtschaftlicher Netzausbau zu erwarten ist, unterstützt werden.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. Insgesamt sollen 5,45 Mrd. EUR bereit stehen. Für den Bereich sozialer Wohnungsbau sieht der Regierungsentwurf eine Verdoppelung der Zahlungen des Bundes an die Länder in den Jahren 2017 bis 2019 auf jährlich über 1 Mrd. EUR vor. Über die Verwendung weiterer für den Wohnungsbau eingestellter Mittel von 500 Mio. EUR pro Jahr ist in den Haushaltsberatungen zu entscheiden. Für die soziale Stadtentwicklung und den Stadtumbau sind jährlich 300 Mio. EUR an Programmmitteln zusätzlich vorgesehen. Die Programmmittel „Kriminalprävention durch Einbruchmittel“ werden im Regierungsentwurf um 40 Mio. EUR auf nunmehr 50 Mio. EUR aufgestockt.

Schlussrunde Haushaltsgesetz 2017. Die Einzelplandebatten der Haushaltswoche werden zusammengefasst, das Haushaltsgesetz 2017 wird in den Haushaltsausschuss verwiesen.

III. Daten und Fakten

1. Deutschland profitiert von Globalisierung. Bedingt durch die voranschreitende Globalisierung hat sich das deutsche Bruttoinlandsprodukt seit dem Jahr 1990 jährlich um durchschnittlich 1.130 EUR pro Kopf erhöht. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Bertelsmann Stiftung, die dazu die Auswirkungen der Globalisierung auf 42 Staaten – darunter sowohl Industrienationen als auch Schwellenländer – untersucht hat. Zwar geht die durch einen Index gemessene Globalisierung seit der Wirtschafts- und Finanzkrise 2007 flächendeckend zurück, trotzdem erzielt Deutschland zusammen mit weiteren Industrieländern wie Japan, der Schweiz, Finnland und Dänemark immer noch die höchsten globalisierungsbedingten Zuwächse beim Bruttoinlandsprodukt pro Kopf. Die fortschreitende Globalisierung sorgte dafür, dass das Bruttoinlandsprodukt in der Gesamtheit aller 42 untersuchten Länder seit 1990 im Schnitt um fast 970 Mrd. EUR pro Jahr gewachsen ist – dies entspricht in etwa der Wirtschaftsleistung einer mittelgroßen Volkswirtschaft wie Spanien oder Südkorea. (Quelle: Bertelsmann Stiftung)

2. Einkommen steigen stärker als Mieten. Die Mieten bleiben in Deutschland in der Breite stabil oder werden relativ zum Einkommen sogar günstiger. Zwar stiegen die Mieten seit 2010 durchschnittlich um 10,2 Prozent, im gleichen Zeitraum erhöhten sich die durchschnittlichen Einkommen jedoch

auch um 11,5 Prozent. Wer 25 Prozent seines verfügbaren Einkommens für Miete ausgibt, bekommt durchschnittlich 94 Quadratmeter Wohnfläche – zwei Quadratmeter mehr als noch vor sechs Jahren. Im Landkreis Dingolfing-Landau reicht ein Viertel des Durchschnittseinkommens für 125 Quadratmeter Wohnfläche, in den Studentenstädten Trier, Freiburg, Heidelberg und Würzburg für lediglich 60 Quadratmeter. Selbst in den Großstädten München und Frankfurt konnte die entsprechende Wohnfläche um einen beziehungsweise drei Quadratmeter zulegen. Überproportionale Mietsteigerungen konzentrieren sich nach Angaben des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln auf wenige Orte wie Berlin, Stuttgart oder Dortmund, wo die Kaufkraft nicht im selben Maße stieg wie die Preise.

(Quelle: IW Köln)

3. Handel mit Kanada gestiegen. Nach vorläufigen Ergebnissen wurden zwischen Deutschland und Kanada im Jahr 2015 Waren im Wert von insgesamt 13,9 Mrd. EUR gehandelt. Das waren knapp 70 Prozent mehr als noch vor zehn Jahren. Kanada liegt damit auf Platz 31 der wichtigsten Handelspartner Deutschlands. Insgesamt exportierte Deutschland 2015 Waren im Wert von 9,9 Mrd. EUR nach Kanada. Zu den wichtigsten Exportgütern zählten Kraftwagen und Kraftwagenteile (2,9 Mrd. EUR) sowie Maschinen (1,6 Mrd. EUR). Die Importe aus Kanada beliefen sich auf rund 4 Mrd. EUR. Wichtigste Importgüter waren Erze mit einem Handelsvolumen von 656 Mio. EUR.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Einen Überblick der Termine finden Sie auf meiner Internetseite unter:

www.maria-michalk.de

Impressum:

- Wahlkreisinformationsdienst MdB Maria Michalk, Tel. 03591 – 35 12 05
- Wenn Sie aus dem Verteiler gestrichen werden wollen, teilen Sie das bitte mit unter maria.michalk@wk.bundestag.de.

Faktenblatt

Für die Sicherheit unserer Bürger

Der Staat trägt die Verantwortung für die Gewährleistung der inneren Sicherheit. Für die CDU/CSU-Fraktion ist der Schutz der Bürger vor Terrorismus und Kriminalität eine zentrale Aufgabe der Politik. Viel ist schon geschehen, doch weitere Schritte sind nötig. So haben der Bundesinnenminister im August und die CDU/CSU-Fraktion auf ihrer Klausurtagung Anfang September eine Reihe von Vorschlägen vorgelegt.

Mehr Personal bei Polizei und Ermittlungsbehörden

Verwirklicht:

- Bundespolizei, Bundeskriminalamt und das Bundesamt für Verfassungsschutz erhalten in dieser Legislaturperiode mehr als 4.600 neue Stellen.
- Im Zeitraum 2015 bis 2020 werden mehr als zwei Milliarden Euro an zusätzlichen Mitteln für eine bessere Ausstattung bereitgestellt.
- Die Bundespolizei hat eine neue Anti-Terror-Einheit aufgebaut. Sie soll vor allem in akuten Bedrohungssituationen zum Einsatz kommen.

Geplant:

- Bei den Sicherheitsbehörden des Bundes müssen darüber hinaus weitere Beamte eingestellt werden. Im Zeitraum von 2016 bis 2020 sollen allein bei der Bundespolizei rund 7.000 neue Stellen geschaffen werden – 3.250 mehr als noch bis vor kurzem geplant.
- Eine neue Truppe mit bis zu 400 Cyber-Ermittlern soll aufgebaut werden, die sogenannte Zentrale Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich.

Kampf gegen den islamistischen Terror

Verwirklicht:

- Reisen in terroristischer Absicht sind jetzt strafbar.
- Dschihadisten können Reisepass und Personalausweis entzogen werden, um sie an der Ausreise zu hindern.
- Strafbarkeit der Terrorismusfinanzierung wurde verschärft.
- Nachrichtendienste dürfen auch künftig Auskünfte bei Luftfahrtunternehmen, Kreditinstituten und Telekommunikationsdiensten einholen.
- Innereuropäische Finanztransfers zur Terrorismusbekämpfung können künftig leichter überwacht werden.
- Vermögen, das aus kriminellen Taten stammt, kann künftig leichter eingezogen werden.

Geplant:

- In einer besonders schweren Terrorlage, bei der die Polizei an ihre Grenzen gerät, soll die Bundeswehr unter Führung der Polizei eingesetzt werden.
- Die Sympathiewerbung für Terrorismus soll wieder unter Strafe gestellt werden.
- Islamisten sollen intensiver überwacht, ihre Bewegungsfreiheit eingeschränkt werden.
- Der Verfassungsschutz soll künftig auch auf Verbindungsdaten zugreifen und verschlüsselte Kommunikation überwachen können.
- Deutsche mit einer weiteren Staatsbürgerschaft, die für eine Terrormiliz im Ausland kämpfen, sollen die deutsche Staatsbürgerschaft verlieren.

Kampf gegen organisierte Kriminalität

Verwirklicht:

- Das Bundeskriminalamt hat die eigens für diese Aufgabe eingerichtete Koordinierungsstelle ausgebaut.
- Der Tatbestand der Geldwäsche ist verschärft worden. Die Verschleierung der kriminellen Herkunft von Vermögen wird damit deutlich erschwert.
- Die Koalition hat eine Speicherpflicht für Verbindungsdaten geschaffen, auf die bei besonders schweren Straftaten wie Kinderpornografie, Terrorismus und organisierter Kriminalität zugegriffen werden kann.

Geplant:

- Ob es sich um einen „einfachen“ oder bandenmäßig begangenen Wohnungseinbruch handelt, ist oftmals am Beginn der Ermittlungen nicht erkennbar. Deshalb sollen „einfache“ Wohnungseinbrüche in den Katalog der Straftaten aufgenommen werden, bei denen eine Überwachung und Aufzeichnung der Telekommunikation möglich ist.
- Die Schleierfahndung soll intensiviert, ausgeweitet werden..
- Die Anbieter von E-Mail-, Messenger-Diensten und sozialen Medien sollen zur Speicherung der Nutzerdaten verpflichtet werden, die Speicherfristen praxisgerecht erhöht werden..

Schärferes Ausländerrecht

Verwirklicht:

- Wer hier schwere Straftaten begeht, hat sein Gastrecht verliert und muss unser Land verlassen. Daher hat die Koalition nach den Ereignissen in der Silvesternacht in Köln und anderen Städten das Ausweisungsrecht verschärft.

Geplant:

- Asylsuchende ohne Ausweispapiere sollen besonderen Aufnahmeeinrichtungen zugewiesen werden.
- Für Ausländer, die straffällig geworden sind oder von denen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit ausgeht, soll das Aufenthaltsrecht weiter verschärft werden. Hierfür soll im Aufenthaltsgesetz der Haftgrund der „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit“ geschaffen werden, um die Ausreisepflicht in diesen Fällen wirkungsvoll durchzusetzen.

Besserer Schutz des Eigentums

Verwirklicht:

- Mehr Geld für Prävention: 50 Millionen Euro pro Jahr für bauliche Eigensicherung beim Einbruchsschutz.
- Die Union unterstützt den Einsatz spezieller Software zur besseren Prognose über künftige Einbruchsschwerpunkte.

Geplant:

- Einbrüche sollen künftig als Verbrechen gelten. Die Mindeststrafe erhöht sich von sechs auf zwölf Monate. Staatsanwaltschaften müssten in jedem Fall Anklage erheben.
- Umbaumaßnahmen zum Schutz vor Einbruch sollen künftig ab einer Investitionssumme von 500 Euro mit einem zehnpromzentigen Zuschuss der KfW gefördert werden. Bisher mussten 2.000 Euro investiert werden.

Mehr Sicherheit im öffentlichen Raum

Verwirklicht:

- „Nein heißt nein“: Die Koalition hat Strafbarkeitslücken bei Vergewaltigung, sexueller Nötigung und sexueller Belästigung geschlossen.

Geplant:

- Intelligente Videotechnik soll vermehrt eingesetzt werden, z.B. in Einkaufszentren. Bis 2019 werden rund 20 Bahnhöfe mit modernster Videotechnik ausgestattet werden.
- Auch Biometrie soll mehr genutzt werden. So sollen Personen über Gesichtserkennungssysteme genauso zuverlässig identifiziert werden können wie per Fingerabdruck.

Zusammenarbeit nationaler und internationaler Sicherheitsbehörden

Verwirklicht:

- Die Koalition hat die Rechtsgrundlagen für einen besseren Informationsaustausch mit den Partnern in der Europäischen Union und der NATO geschaffen.
- Die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern insbesondere bei der Nutzung gemeinsamer Dateien wird weiter ausgebaut. Kern ist das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) des Bundes und der Länder in Berlin.

Geplant:

- Das Anti-Terror-Zentrum bei Europol soll verstärkt, die Kooperation der Behörden in Europa intensiviert werden.
- Auf europäischer Ebene soll die Einrichtung eines Ein- und Ausreiseregisters vorangetrieben werden. Die nach langen Verhandlungen beschlossene Speicherung von Fluggastdaten soll rasch umgesetzt werden.